

Liebe Freunde und Freundinnen,

wir befinden uns mitten in einer der schwersten und risikoreichsten Krisen, die es in Europa in den letzten Jahrzehnten gegeben hat. Erstmals seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges hat ein Staat in Europa seine eigenen Grenzen völkerrechtswidrig neu definiert und einen Teil eines anderen Staates annektiert. Nun muss man alles dafür tun, dass wir nicht in die Denkstrukturen und Handlungsmuster des Kalten Krieges zurückfallen. Der Ukraine-Konflikt darf nicht eskalieren. Das Handeln Russlands ist völkerrechtswidrig und politisch brandgefährlich. Es ist richtig, dass die Bundesregierung das Ergebnis des Referendums und die Annexion der Krim nicht anerkennt. Das Referendum verstößt gegen die ukrainische Verfassung, das Budapester Memorandum von 1994 und gegen einen bilateralen Vertrag zwischen Russland und der Ukraine von 1997. Im Budapester Memorandum gab Russland der Ukraine Sicherheitszusagen gegen die Rückgabe von auf ukrainischem Boden stationierten Atomwaffen der früheren Sowjetunion.

Die gegen Russland verhängten Sanktionen sind angemessen, weil darunter nicht die Zivilbevölkerung leiden muss und die Sanktionen sich gezielt gegen einzelne politische Entscheider und Oligarchen richten. Doch sollte Russland nicht einlenken, sind noch weitere Maßnahmen notwendig, auch wenn diese eine Gefahr für die eigene Wirtschaft bedeuten. Das Völkerrecht steht über allem und Wirtschaftssanktionen sind eine Frage der Politik. Sanktionen dürfen aber diplomatischen Lösungen nicht im Wege stehen. Für eine politische Bearbeitung des Konfliktes unter Einbeziehung Russlands darf es nie zu spät sein.

Das Ziel ist jetzt, eine Destabilisierung der Ost- und Südukraine zu verhindern. Deshalb soll eine OSZE-Beobachtermission in der Ukraine tätig werden.

Die ukrainische Regierung ihrerseits muss die Rechte der nationalen Minderheiten achten und schützen, die militanten Gruppen entwaffnen und das staatliche Gewaltmonopol durchsetzen, die Arbeit an einer neuen Verfassung vorantreiben und die Verbrechen auf dem Maidan lückenlos aufklären. Antisemitismus und Rechtsextremismus dürfen in der neuen ukrainischen Ordnung keinen Platz haben.

Als Voraussetzung für die angekündigten finanziellen Hilfen von EU und IWF gilt, dass das Geld für den Aufbau der Ukraine eingesetzt wird. Es darf nicht in den privaten Taschen korrupter Machteliten verschwinden.

Ihre

Kirsten Lüthmann